

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Jan van Aken, Agnes Alpers, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Christine Buchholz, Eva Bulling-Schröter, Dr. Martina Bunge, Roland Claus, Sevim Dağdelen, Dr. Dieter Dehm, Heidrun Dittrich, Werner Dreibus, Dr. Dagmar Enkelmann, Klaus Ernst, Wolfgang Gehrke, Nicole Gohlke, Diana Golze, Annette Groth, Heike Hänsel, Dr. Rosemarie Hein, Inge Höger, Dr. Barbara Höll, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Dr. Lukrezia Jochimsen, Katja Kipping, Harald Koch, Jan Korte, Jutta Krellmann, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Stefan Liebich, Ulla Lötzer, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Ulrich Maurer, Dorothee Menzner, Cornelia Möhring, Kornelia Möller, Niema Movassat, Thomas Nord, Petra Pau, Jens Petermann, Richard Pitterle, Yvonne Ploetz, Ingrid Remmers, Paul Schäfer (Köln), Michael Schlecht, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Raju Sharma, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann, Frank Tempel, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Johanna Voß, Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak, Harald Weinberg, Katrin Werner, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Flutopfern helfen – Hochwasserfonds einrichten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Hochwasser im Frühsommer 2013 fügt vielen Menschen in Deutschland und anderen europäischen Ländern schweren Schaden zu. Betriebe sind in ihrer Existenz bedroht, Schienen und Straßen wurden zerstört.

Der Deutsche Bundestag dankt Zehntausenden freiwilligen Helferinnen und Helfern, Einsatzkräften von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk und privaten Hilfsorganisationen, Polizistinnen und Polizisten, Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, Spenderinnen und Spendern. Sie alle tragen dazu bei, Not zu lindern und größeres Unglück abzuwenden.

Der Bund ist gefordert, Menschen, soziale Einrichtungen, Betriebe, Kommunen und Bundesländer bei der Bewältigung der Hochwasserschäden zu unterstützen und dazu beizutragen, durch eine verbesserte Vorsorge das Schadenspotenzial künftiger Hochwasser zu verringern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zur Bewältigung der Schäden einen Hochwasserfonds einzurichten, der zusammen mit EU-Mitteln einen Gesamtbetrag von 10 Mrd. Euro zur Verfügung stellt:
 - Der Hochwasserfonds hat eine Laufdauer von fünf Jahren. Ausgaben des Bundes für den Fonds im Jahr 2013 werden durch Umschichtungen im laufenden Bundeshaushalt sowie durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme ermöglicht.
 - Die Mittel des Hochwasserfonds werden so verwendet, dass Schäden bei künftigen Hochwassern vermieden werden können beziehungsweise die Wahrscheinlichkeit für solche Schäden verringert wird. Die Mittel des Hochwasserfonds dienen auch der Vorsorge. Flankierend zur Sicherung von Auen sind Renaturierungsmaßnahmen an Bächen und Flüssen notwendig, denn sie sind das Einzugsgebiet großer Ströme. Die Wasseraufnahmekapazitäten der Böden müssen wieder erhöht werden. Zur Hochwasservorsorge gehört ein nationales Rahmenkonzept für naturnahe Flusslandschaften, bei dem es auch um die Festlegung der genauen Zuständigkeit von Bund, Ländern und Kommunen beim Hochwasserschutz geht.
 - Die betroffenen Bundesländer und Kommunen erhalten ein angemessenes Mitwirkungsrecht bei der Verwaltung und Verteilung der Mittel des Hochwasserfonds;
2. den Hochwasserfonds spätestens zum 1. August 2013 verfügbar zu machen. Bereits vorher wird ein Teilbetrag des Hochwasserfonds in Höhe von 500 Mio. Euro der KfW Bankengruppe zugesagt, um dieser zügig mit Hochwasserschäden im Zusammenhang stehende Zuschüsse und Zinsverbilligungen zu ermöglichen;
3. bei der Europäischen Kommission weitere Mittel zur Unterstützung der vom Hochwasser Betroffenen einzufordern.

Berlin, den 11. Juni 2013

Dr. Gregor Gysi und Fraktion